

Drittens sind wir der Auffassung, daß allein politische Erklärungen der Regierungen der DDR und der BRD zum Eigentum an Grund und Boden den Bauern und Arbeitern in der Landwirtschaft nicht ausreichende Sicherheit bieten.

(Zuruf: Völlig richtig)

Regierungserklärungen haben bekanntlich keinen staatsrechtlichen Charakter. Rechte müssen also vertraglich festgeschrieben und juristisch untersetzt werden. Im einzelnen betrifft das auch den Inhalt des Entwurfs einer Anlage 10 zum Staatsvertrag, die vom Ausschuß für Ernährung, Land- und Forstwirtschaft in die Stellungnahme des Ausschusses für Deutsche Einheit eingebracht wurde.

Wir fordern, daß die in diesem Papier enthaltenen fünf Punkte im zweiten Staatsvertrag festgeschrieben werden.

Nicht zuletzt weisen wir noch einmal nachdrücklich darauf hin, daß das sensible Thema der vorbehaltlosen Anerkennung der Ergebnisse der Bodenreform einer staatsrechtlichen Anerkennung bedarf, und da haben wir eben eine andere Meinung als die Damen und Herren von der DSU.

(Beifall bei der SPD und DBD/DFD)

Das ist und bleibt eine Existenzfrage vieler unserer Bauern.

Viertens sehen wir in allen Bereichen, so auch in der Landwirtschaft, dringenden Handlungsbedarf bei der Durchsetzung des im Staatsvertrag verankerten Vorsorge-, Verursacher- und Kooperationsprinzips im Umweltschutz.

Fünftens hält es die Fraktion der DBD/DFD für erforderlich, ein Förderungsangebot für Frauen und Familien im Staatsvertrag zu fixieren. Vorschläge dazu unterbreiten wir in einem weiteren Beitrag. Vielen Dank.

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Herr Abgeordneter! Gestatten Sie eine Anfrage?

Hannig (PDS):

Herr Abgeordneter! Habe ich Sie richtig verstanden, daß es unseren Bauern in den letzten Jahrzehnten schlecht ging und daß es mit dem Inkraftsetzen des Staatsvertrages Ihnen wesentlich besser gehen wird?

Zweitens möchte ich fragen: Der erste Staatsvertrag, der heute ratifiziert werden soll, beginnt am 1. Juli. Wie gedenken Sie, die Sicherheit unserer Bauern bis zum zweiten Staatsvertrag zu gewährleisten, den ich sehr unterstütze in dieser Richtung, wie Sie es genannt haben?

Dr. Goepel (DBD/DFD):

Wissen Sie, daß es unseren Bauern schlecht gegangen ist, davon kann eigentlich keiner so recht sprechen. Sie waren nur ganz einfach ein klein wenig eingeschränkt. Sie haben die Chance gehabt, all das zu tun, was Ihnen vorgegeben wurde. Sie sind in eine Spur gegangen, sie haben diese eine Tür gehabt, von der vorhin gesprochen wurde.

(Zuruf: Jetzt hat er die EG.)

Über die Dinge, die die Landwirtschaft betreffen, würde ich sagen, ist es besser, mit Fachleuten zu sprechen.

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Ich bitte nun von der Fraktion CDU/DA den Abgeordneten Herrn Nitsch, das Wort zu nehmen.

Nit sch für die Fraktion CDU/DA:

Verehrte Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Die Verabschiedung des Staatsvertrages durch die Parlamente in Bonn und Berlin am heutigen Tag ist ein Ereignis, von dem vor einem Jahr noch niemand zu träumen wagte - weder in Ost noch West. Wir stehen am Anfang eines wirtschaftlichen Neubeginns. Altlasten einer 40jährigen SED-Mißwirtschaft sind in allen Bereichen der Wirtschaft und des geistigen Lebens in riesigem Umfang zu beseitigen.

Die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion mit der Bundesrepublik bietet dem bisherigen Wirtschaftsgebiet der DDR den Zugang zu westlichem Know-how und Kapital. Im Gegensatz zu allen anderen ehemaligen Planwirtschaftsländern haben wir die Möglichkeit, in einem überschaubaren Zeitraum den Anschluß an die Wirtschaftskraft und die Lebensbedingungen, und hier möchte ich ausdrücklich die Umwelt einschließen, zu finden.

Das Ziel der wirtschaftlichen Strukturanpassung sind privatwirtschaftlich zukunftsfähige Unternehmen, die internationalen Wettbewerbsbedingungen standhalten und mit einem hohen Umweltstandard produzieren - darauf möchte ich angesichts der katastrophalen Situation in unserem Land immer wieder hinweisen - und nicht zuletzt unsere Arbeitsplätze sichern.

Die Umstellung von der sozialistischen Planwirtschaft mit allen von der ehemals führenden Partei zu vertretenden Fehlentscheidungen in eine soziale Marktwirtschaft kann nicht ohne Übergangsschwierigkeiten vollzogen werden. Allein die Planungsbürokratie mit dem ganzen Instrumentarium von Bilanzanmeldungen, Bilanzrunden, Bilanzausrechnungen und der dann erst vorhandenen Voraussetzung, eine Bestellung auslösen zu dürfen und einen Liefervertrag abzuschließen, diese allerdings in Menge und Termin oft völlig anders als erforderlich, und das tägliche Ringen, die Produktion zu organisieren, oft mit geborgtem Material von Nachbarbetrieben - das hat Herrschaften von Menschen beschäftigt. Und diesen Menschen muß heute eine sinnvolle Tätigkeit geboten werden, und dazu müssen sie motiviert werden. Es ließen sich noch viele Bereiche anführen, die nicht zur Mehrung des Volkswohlstandes beigetragen haben, dafür aber um so kräftiger bei der Konsumtion zulangten.

Dieser Rationalisierungseffekt, den wir hiermit erreichen, wird sich in einem erhöhten Produktionsvolumen niederschlagen. Damit war diese Revolution sicher auch das letzte, aber effizienteste F- und E-Thema, das wir bearbeitet haben und dessen Ergebnisse nicht geschönt werden müssen.

Gute Startbedingungen für einen raschen und konsequenten Einstieg in die soziale Marktwirtschaft sind mit dem Staatsvertrag gegeben. Über den Haushalt und den Fonds für deutsche Einheit werden uns Mittel bereitgestellt, die insbesondere investiv einzusetzen sind. Ganz besonders wichtig ist der Aufbau einer Infrastruktur im Verkehrs-, Energie- und Telecombereich als Voraussetzung für ständig steigende Investitionsmöglichkeiten von Kapitalanlegern. Aber auch die institutionelle Infrastruktur, die für die Vorbereitung der Investitionen aufgebaut werden muß, ist wichtig. Die Dienstleistungen für Investoren bei Gutachten und Genehmigung sind vom Standpunkt der Werbung und nicht vom Standpunkt der Abschreckung für Kapitalanleger aus anzusehen.

Die freundliche Behandlung der Kapitalanleger aus dem deutschen und internationalen Raum und die Bereitstellung von Gewerbeflächen durch die Kommunen müssen einerseits die technische, ökologische und marktwirtschaftliche Modernisierung unseres Wirtschaftsraumes und andererseits gute unternehmerische Perspektiven bieten und damit einen positiven Beitrag zum Zusammenwachsen der beiden Teile Deutschlands leisten.

Zur Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsgebietes mit offenen Grenzen passen allerdings nicht Importsteuern auf Dauer. Sie belasten die Verbraucher. Die Betriebe werden dabei nicht von der Notwendigkeit befreit, sich so schnell wie möglich den internationalen Wettbewerbsbedingungen anzupassen.